

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Poincaré erklärt sich.

Paris, 30. Januar. (WIB.) Ministerpräsident Poincaré empfängt an jedem Montag die Pariser Korrespondenten der amerikanischen Presse. Gestern Abend erklärte er, entgegen den deutschen Behauptungen habe Frankreich nicht die Absicht, das Ruhrgebiet zu annektieren, um die notwendigen Kohlen für die Eisenindustrie in Lothringen herauszuholen. Er betonte jedoch, daß die französische Armee solange das deutsche Gebiet besetzt halten werde, bis Deutschland seine Reparationsverpflichtungen gemäß den Klauseln des Versailler Vertrages erfüllt habe. Frankreich, so erklärte er, ist fest entschlossen, das Pfand nicht aufzugeben, das seine Truppen in Händen haben, bevor die Zahlungen erfolgt sind. Auf diese Weise verhindern wir im voraus jedes fremde Manöver, in das Doehlem einzugreifen. Die Ruhr ist ein weiteres Pfand von der gleichen Art wie die Rheinlande. Wenn Deutschland dazuliegt, daß es die Absicht hat, seine Verpflichtungen durchzuführen, wenn es mit Zahlungen beginnt und Lieferungen ausführt, wie sie ausgemacht wurden, so werden die französischen und belgischen Truppen sich aus dem Ruhrgebiet zurückziehen, und 15 Jahre, nachdem mit der Ausführung der Vertragsbestimmungen begonnen ist, wird auch das linke Rheinufer geräumt werden. Nach dem Frieden von 1870 haben die Preußen ihre Garnisonen in Frankreich gelassen, bis der letzte Centim bezahlt war. Die Pfandnahme wird also so lange dauern, bis Deutschland bezahlt hat. Es können fünf Jahre vergehen, bevor genügende Beweise der Aufrichtigkeit, Reparationen zu zahlen, seitens des Deutschen Reiches gegeben werden. Aber das Deutsche Reich kann das Ruhrgebiet besetzen, wenn es sein Finanzsystem reorganisiert und eine solide Basis schafft, um eine internationale Anleihe zu sichern, deren Ertrag für den Wiederaufbau bestimmt ist. Aber Frankreich ist einmütig darin, das Ruhrgebiet, das die Garantie darstellt, vor diesem Augenblick nicht zu verlassen.

Poincaré fühlte sich auch berufen, die Korrespondenten vor der deutschen Propaganda zu warnen, die behauptet, Frankreich vergeblich ungeheure Summen für die militärische Besetzung des Ruhrgebietes. Das sei vollkommen falsch. Frankreich habe nicht einen Soldaten mobilisiert; es habe nur über die Soldaten verfügt, die schon unter den Waffen stehen. Die Unterhaltungskosten an der Ruhr seien kaum höher als die in Frankreich — denn der Transport der Lebensmittel und der sonstigen Gebrauchsgegenstände sei nicht sehr beträchtlich.

Wenn man sich zwingt, unter Zurückstellung aller berechtigten Empfindungen in den Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten einen Punkt zu suchen, an dem sich später vielleicht eine Verständigung anknüpfen könnte, dann stößt man auf die Worte von der internationalen Anleihe. Das ist zweifellos ein Wink an die amerikanischen Gläubiger und Geldgeber, sie sollten durch eine entsprechende Behandlung der französischen Schulden und Eröffnung weiterer Kredite eine Lösung des europäischen Konflikts erleichtern. Leider stehen die Handlungen der französischen Regierung in direktem Widerspruch zu solchen Gedankenengängen, denn die Ruhraktion hat den deutschen Kredit, auf den sich eine solche internationale Anleihe aufbauen soll, nur noch tiefer in den Abgrund geschleudert.

So lange die Ruhraktion dauert, wird sich die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nicht verbessern, sondern nur verschlechtern. Da diese Selbstverständlichkeit auch Herrn Poincaré nicht entgangen sein kann, muß man gegen ihn den Vorwurf erheben, daß er absichtlich die Räumung des Ruhrreviers von unmöglichen Bedingungen abhängig macht. Poincaré will an der Ruhr bleiben, er will auch am Rhein bleiben. Das lehrt er ganz unverhohlen, denn er erklärt, auch nach Wiederaufnahme der deutschen Zahlungen, das heißt, von einem ganz unbestimmten Zeitpunkt an, sollte das linke Rheinufer noch 15 Jahre besetzt bleiben, während es nach dem Friedensvertrag abschnittsweise in zwei, sieben und zwölf Jahren zu räumen ist. Nach Poincarés Theorie dauert dagegen die Besetzung noch 15 + x Jahre, d. h. praktisch unbegrenzt. Herr Poincaré muß die Amerikaner für politisch sehr unerfahren halten, wenn er glaubt, mit solchen Ausführungen die Absicht Frankreichs, unter Bruch des Friedens Deutschland zu zerreißern, vor ihnen verbergen zu können. Möge Amerika wissen, daß es keine deutsche Regierung geben kann, die zu einem solchen Werk der Vernichtung die Hand bieten würde.

Ein Annäherungsversuch?

London, 30. Januar. (WIB.) Dem Berichterstatter des „Daily Chronicle“ zufolge beginnt die französische Regierung einzusehen, daß sie im Ruhrgebiet einen Fehler begangen habe. Sie würde gern Verhandlungen mit Berlin eingeleiten, um von neuem das gesamte Reparationsproblem zu erörtern, unter der Voraussetzung, daß Deutschland den ersten Schritt tue, um einen wirtschaftlichen Frieden zustande zu bringen, und zweitens, daß Deutschland unabweislich seine Absicht bekunde, seine im Versailler Vertrag niedergelegten Verpflichtungen zu achten und zu erfüllen. Der Berichterstatter führt weiter aus, es werde in Paris vollumfänglich anerkannt, daß im Augenblick zahlreiche Schwierigkeiten der gesuchten Annäherung im Wege lägen, man sei jedoch der Ansicht, daß mit Zeit und Geduld diese Schwierigkeiten überbrückt werden könnten. Mit anderen Worten, Frankreich sei jetzt bereit, zu hören, was Deutschland zu sagen habe, und wünsche zu erfahren, ob Deutschland „Sabotage und andere Methoden passiven Widerstands“

ausgeben und einer Konferenz in der Reparationsfrage zustimmen werde. Man sei in Paris der Ansicht, daß dies ein „sicheres Mittel“ sein würde, um die Welt von der Ehrlichkeit Deutschlands und seiner aufrichtigen Absicht zu überzeugen, seinen Anteil an den Vertragschulden zu zahlen.

Die Unzweckmäßigkeit der Ruhraktion.

Basel, 30. Januar. (TIL.) Der Berliner Korrespondent der „Basler Nachrichten“ hatte eine Unterredung mit dem Außenminister Dr. a. Rosenberg, der ihm zum Standpunkt Deutschlands zur Ruhrbesetzung u. a. folgendes erklärte:

Nach Frankreich ist bis zum 11. Januar, dem Tage des Einmarsches, täglich für rund 430 000 Goldmark Kohle und für rund 30 000 Goldmark Holz geliefert worden, nach dem Einmarsch zwar anfänglich unter schwerstem Eingreifen in das Privateigentum täglich rund 8000 Goldmark Kohlenwerte, zurzeit aber gar keine Kohle mehr und ebenso wenig Holz. Dafür entsiehen Frankreich, wenn man die Besatzungsstärke gewiß zu niedrig mit 50 000 Mann ansetzt, an Mehrkosten für die Verwendung seiner Truppen im Ruhrgebiet ¼ Milliarde Goldmark täglich, dazu die Wirkungen der Ruhraktion auf die französische Volkswirtschaft. Unter dem Druck der Boykotte wird aber der deutsche Arbeiter keine Kohle fördern. Wenn man glaubt, uns durch einen inneren Krieg von Verurteilungen, Ausweisungen, Verschlagnahmen mühe zu machen, so täuscht man sich. Das Bewußtsein, daß das Recht auf die Dauer durch Gewalt sich nicht beugen läßt, bestimmt unsere Politik. Bei der Abwehr des Ruhrabenteurers handelt es sich bei uns weder um eine Preisfrage noch um eine Spekulation. Wir wollen nur das Beste verteidigen, was uns nach dem Diktat über Oberschießen in wirtschaftlicher Konkurrenz und wirtschaftlichen Zukunftsmöglichkeiten geblieben ist.

Labour Party fordert Englands Eingreifen.

London, 30. Januar. (EE.) Die englische Arbeiterpartei trat gestern unter dem Vorsitz von Ramsay MacDonald zu einer Sitzung zusammen. Es wurde die Lage im Ruhrgebiet nach allen Seiten geprüft. Verschiedene Lösungsmöglichkeiten wurden in Aussicht genommen. Unter anderen: Die Anrufung des internationalen Hoager Gerichtshofes; ferner eine Bitte an Amerika, einen Schiedsspruch vorzunehmen; eine Bitte an Frankreich, das Minimum seiner Forderungen anzugeben; die eventuelle Zurückziehung der englischen Besatzungstruppen; die Haltung, die anzunehmen wäre, falls ein Konflikt ausbräche, der auf die eine Seite Frankreich und Polen, auf die andere ein sowjetisches Deutschland und ein sowjetisches Rußland stellen würde. Es wurde einstimmig ein Beschluß gefaßt, daß MacDonald sich zu Bonar Law begeben soll, um ihn zu bitten, das Unterhaus vor dem 13. Februar zusammenzutreten zu lassen. Die Londoner Sektion der Labour Party und die Gewerkschaftskommission organisieren zum nächsten Sonntag eine große Kundgebung am Trafalgar Square, um die diplomatische Intervention der englischen Regierung im Ruhrkonflikt zu fordern.

Der Völkerbund ...

Paris, 30. Januar. („Frankf. Zig.“) Das Sekretariat des Völkerbundes hat im Gegensatz zu den früheren Pariser Tagungen diesmal auch die Vertreter der deutschen Blätter zur Teilnahme an den Verhandlungen eingeladen.

Die Saarabordnung darf nicht zum Völkerbund.

Saarbrücken, 30. Januar. (WIB.) Anlässlich der gestern begonnenen Tagung des Völkerbundes in Paris, der sich u. a. auch mit verschiedenen Saarfragen beschäftigen soll, beabsichtigt eine Deputation der Fraktionen des Saarlandrates nach Paris zu reisen. Die Saarregierung soll aber die Ausreisegenehmigung nicht erteilt haben!

Unaufhaltsam. Dollar 41 000.

Die katastrophale Entwertung der Mark macht weitere Fortschritte. Der Dollar, der heute vormittag im Verkehr zwischen den Banken mit 40 000 bis 43 000 gehandelt wurde, stellte sich gegen Mittag an der Börse auf 40 000 bis 41 000. Die polnische Mark, die gestern das erste Mal den Kurs von 100 erreichte, d. h. sich gleichwertig mit der Mark stellt, stieg heute vormittag bereits auf 107, steht also um 7 Pf. höher als die deutsche Mark. Dieser rapide Verfall unserer Währung bestärkt weitest Kreise in ihrer Flucht vor der Mark. Die Nachfrage nach Effekten, die gestern bereits einen bisher nie gekannten Umfang erreicht hatte, dürfte an der morgigen Börsenbörse noch weiter vergrößerte Dimensionen annehmen. Bezeichnend für die gegenwärtige Lage ist die Tatsache, daß bei vielen Papieren wegen Mangels an Angebot gar keine Kurse notiert werden können. Das Publikum sollte jedoch bedenken, daß die jetzige Hausse mit den hohen Devisenkursen steht und fällt. In dem Moment, wo eine günstige politische Wendung eintritt, dürfte ein katastrophaler Rückgang der Kurse auf der ganzen Linie eintreten.

Marksturz ist Frankfurt.

London, 30. Januar. (TIL.) An der Börse herrschte gestern eine scharfe Depression auf dem Markt der fremden Währungen. Die deutsche Mark erreichte mit 154 000 für ein Pfund einen neuen Tiefenrekord, während der französische Frank weiter auf 75 sank. Der belgische Frank und die Sira waren gleichfalls schlechter.

Frankreichs Gewerkschaften. Zu ihrem Pariser Kongress.

Heute tritt in Paris der 17. Kongress des französischen Gewerkschaftsbundes zusammen. In dieser trüben Zeit, die der französische Imperialismus über das deutsche Volk und über die ganze Welt gebracht hat, ist der französische Gewerkschaftsbund Hoffnung und Unterpfand einer besseren Zukunft. Der französische Gewerkschaftsbund hat sich nicht begnügt, einer vernünftigen Reparationspolitik stets das Wort zu reden, er hat sich auch praktisch für sie eingesetzt. Das Aktionskomitee der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs ist in Wirklichkeit eine Gründung des französischen Gewerkschaftsbundes. Wenn der Vertrag dieses Komitees mit dem Verbande sozialer Betriebe nicht zur Ausführung kam, dann trifft die volle Schuld dafür die französische Schwerindustrie, die hinter dem nationalen Block verschanzt, Militär in das Ruhrgebiet geschickt hat, um billigen Koks und billige Kohlen zu bekommen. Der französische Gewerkschaftsbund hat diesen kriegerischen Raubzug als eine Schmach gebrandmarkt und er hat zugleich in ganz Frankreich, vor allem aber in den zerstörten Gebieten selbst, Protestversammlungen einberufen, um die verbrecherische Dummheit der poincaristischen Politik aufzuzeigen.

Vorläufig triumphiert allerdings Poincaré. Der französische Gewerkschaftsbund, der nach dem Kriege in Frankreich eine Macht war, mit der auch der nationale Block rechnen mußte, ist heute fast auf seinen Vorkriegsstand zurückgeworfen. Diese Schwächung der Arbeitskraft und der Vorkriegsabhängigkeit ist das ausschließliche Werk der Kommunisten.

Berechnet man die Mitgliederzahl der französischen Gewerkschaften nach den an den Gewerkschaftsbund abgegebenen Beiträgen, dann betrug sie im 1. Halbjahr 1914 durchschnittlich 361 644. Der Krieg hat die französischen Gewerkschaften mehr als die Gewerkschaften der anderen am Kriege beteiligten Länder in Mitleidenschaft gezogen. Erst im Jahre 1917 begann wieder ein neuer Aufstieg. Mit der Durchführung der Demobilisierung, die in Frankreich erst im Jahre 1919 beendet war, vollzog sich dieser Aufstieg sprunghaft. Neben den allgemeinen wirtschaftlichen Ursachen waren es in erster Linie die allgemeinen psychologischen Momente, geschaffen durch den Krieg und die politischen Umwälzungen, die er im Gefolge hatte, die diesen ungeheuren und beispiellosen Aufschwung der französischen Gewerkschaften erzeugten. Im 2. Halbjahr 1919 war die Mitgliederzahl auf 1 364 000 gestiegen; im 1. Halbjahr 1920 betrug sie im Durchschnitt rund zwei Millionen. Von diesem Zeitpunkt beginnt ein rascher Abstieg. Verursacht wurde er durch die inneren Kämpfe. Diese von Moskau dirigierten Kämpfe gehen bis auf das Jahr 1918 zurück. In der sozialistischen Partei und in den Gewerkschaften Frankreichs begann ein Reststreiten, wie wir es in Deutschland erlebt haben und noch erleben. Es war den Kommunisten gelungen, sich der Leitung des französischen Eisenbahnerverbandes zu bemächtigen. Die Folge war der Eisenbahnerstreik im Mai 1920, zu dessen Unterstützung ein allgemeiner Generallstreik einsetzte. Der Streik ging verloren. Es begann eine reaktionäre Hege gegen die Gewerkschaften. Der Gewerkschaftsbund wurde gerichtlich „aufgelöst“. Gleichzeitig wurde der Kampf der Moskowiter zur Sprengung der Gewerkschaften mit verdoppelter Wucht fortgesetzt.

Weihnachten 1920 erfolgte die Spaltung der Partei. Genau ein Jahr darauf, im Januar 1922, waren auch die Gewerkschaften gespalten. Die Folgen dieses selbstmörderischen Kampfes spiegeln sich deutlich in den Mitgliederzahlen wieder. Vom 1. Juni 1920 bis zum 31. Mai 1921 betrug die Mitgliederzahl durchschnittlich etwas über 900 000. Die Gewerkschaften hatten also mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder eingebüßt. Die Mitgliederzahl sank im Durchschnitt der letzten sieben Monate des Jahres 1921 auf 536 000. Dann kam die Spaltung. Die Kommunisten hielten die Gewerkschaften für so weit geschwächt, um die Spaltung zu riskieren. Aber nur ein kleiner Teil der Mitglieder folgte ihnen. Die kommunistische Gewerkschaftszentrale dürfte höchstens 100 000 Mitglieder haben. Ein Teil der Mitglieder wurde indifferent. Mit vieler Mühe mußten die meisten Gewerkschaften wieder aufgebaut werden. Im Durchschnitt der ersten neun Monate des Jahres 1922 hatte der französische Gewerkschaftsbund wieder 403 000 Mitglieder. Von den kommunistischen Zellenbauern befreit, können die französischen Gewerkschaften endlich wieder zu einem systematischen Aufbau ihrer Organisationen übergehen. Überall werden die Beiträge erhöht, Unterstützungseinrichtungen eingeführt, die Lösung praktischer Fragen in den Vordergrund gestellt. Auch die Beziehungen zur Sozialistischen Partei und freundschaftliche Arbeit bedürfen, um die Schäden zu heilen, die die Kommunisten angerichtet haben.

Vorläufig büßt die französische Arbeiterchaft die Zerstörung der Kommunisten mit wirtschaftlicher und politischer Machtlosigkeit. Und nicht allein die französische Arbeiterchaft. Frankreich ist heute der Kopf der internationalen Reaktion. Über die Kräfte der Zukunft rühren sich auch dort, und einer der stärksten Träger des Friedensgedankens und der wirtschaftlichen Verständigung der Völker ist der Gewerkschaftsbund.

In Männern wie Jouhaux, Dumoulin, Marcel Laurent, Rorheim usw. verfügt er über Köpfe, die sich in einer langjährigen Erfahrung zu einer klaren Erkenntnis

nis der Möglichkeiten und Notwendigkeiten durchgerungen haben, die begriffen haben, daß sich die Lebensbedingungen Frankreichs nicht trennen lassen von den Lebensnotwendigkeiten der übrigen Welt. Wenn die Stimme der französischen Arbeiterbewegung heute auch überläßt wird mit dem wilden Geschrei von jenen Leuten, die uns die wirtschaftliche Verstrickung auf der Spitze der Bajonette zu bringen vorgeben — wie die Sansculotten von 1793 uns die Freiheit zu bringen glaubten — der französische Gewerkschaftsbund ist die Zukunft. Ueber die Ruhr hinweg senden wir ihm unsere Grüße und Wünsche.

Wie der Soldat denkt.

Die „Germania“ gibt eine Zuschrift aus dem neubefreiten Gebiet wieder, die einen interessanten Einblick in die Stimmungen der französischen Soldaten gewährt. Es heißt in diesem Schreiben:

Manchmal haben wir's nicht gerade angenehm. Aber noch viel unangenehmer haben es die französischen Soldaten. Sie stehen so recht unter der Krone des französischen Militarismus. Für's kleinste Vergehen gibt's Höllelärm, gibt's empfindliche Strafen. Erstaunt hört man manchmal Franzosen sagen: Die Deutschen wollen doch keinen Krieg. Hier sind doch alles sehr friedliebende Leute. Die meisten französischen Soldaten, die bis jetzt in meinem Heimort gewesen sind, sind bei ihrer Einberufung im Glauben gewesen: Im Industriegebiet geht alles daunter und drüber, von dort droht Frankreich Krieg. Aufschwind hat die französische Regierung in diesem Sinne stark auf die Soldaten eingewirkt.

Es ist nach wie vor die alte Geschichte: Um den eifrigen Soldaten zur Gewaltanwendung gegen ein anderes Volk zu gewinnen, wird er vom Militarismus systematisch irreführt und betrogen. Die Kosten bezahlt hinterher das arbeitende Volk.

Der kommunistische Parteitag.

Am Schluß des ersten Verhandlungstages, nachdem Meyer (Zentrale) über die politische Lage referiert und Bischoff (Zentrale) den organisatorischen Bericht erstattet hat, kam es zu einem Zusammenstoß mit der Opposition. Schumacher-Berlin opponierte gegen den Referat, der die Anträge der Zentrale empfahl, andere entgegenstehende Anträge aber nicht erwähnt habe. Es handelt sich um Anträge betrefsend Umbildung der Zentrale. Die Berliner beantragten deshalb eine geschlossene Sitzung (also Verhandlung in der Dunkelkammer). Böttcher (Zentrale) wies Schumachers Angriffe zurück. Alle Anträge würden in einer öffentlichen Sitzung behandelt werden.

In dem organisatorischen Jahresbericht der Zentrale wird die Mitgliederzahl der KPD. nach den Abrechnungen vom September 1922 in 2481 Ortsgruppen aus 191845 männliche und 261710 weibliche, insgesamt 218555 Mitglieder angegeben. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Zunahme von 38112 Mitgliedern zu verzeichnen. Der Jahresbericht macht den Versuch, diese Zahlen in Beziehung zu den Organisationszielen der Sozialdemokratischen Partei zu setzen. Er spricht von einem katastrophalen Rückgang des „Vorwärts“ an Abonnenten, die auf 60000 beziffert werden, hütet sich aber wohlweislich von der Abonnentenzahl der „Roten Fahne“ zu sprechen. Zur Beurteilung der Mitgliederzunahme ist zu berücksichtigen, daß beim Abschluß des vorigen Jahresberichtes der KPD. fast alle ihre Organisationen unter der Nachwirkung der Märzereignisse fanden. Zweifellos ergibt sich, wenn auch nicht eine wesentliche Zunahme, so doch eine Konsolidierung der kommunistischen Organisation.

Der Parteitag mündet sich in einem vielen Spalten umfassenden Manifest an das internationale Proletariat. Das Manifest befaßt sich in erster Linie mit der Ruhrbesetzung und der Lage Deutschlands. Es wiederholt die alte kommunistische Forderung auf Bildung der proletarischen Einheitsfront und auf Bildung einer Arbeiterregierung als „Regierung aller Arbeiterparteien und Gewerkschaften“. Danach scheinen die Kommunisten, wenigstens die Richtung der Zentrale,

sich schon soweit durchgemauert zu haben, daß sie von einer gemeinsamen Regierung, auch mit „Sozialverrättern“ sprechen. Dafür spricht auch die Bemerkung Meyers in seinem politischen Referat, wo er polemisch gegen die Linke ausführte:

„Wir verhandeln mit den übrigen Arbeiterorganisationen nicht nur um sie zu entlasten, sondern auch um gemeinsame Kämpfe herbeizuführen.“

Die von den Kommunisten vorgesehene Arbeiterregierung soll auch nach ihrem Vorschlag „Erfüllungspolitik“ betreiben. Es heißt in dem Manifest:

„Die Arbeiterregierung wird Frankreich Verhandlungen vorschlagen. Sie wird ehrlich und offen das Maß dessen nennen, was das von den Schulden seiner Bourgeoisie belastete arbeitende Volk zahlen kann. Die Arbeiterregierung wird die Gewähr geben, daß ihre Worte einem ehrlichen Willen entsprechen. Sie wird den deutschen Arbeitern helfen, die Lasten zu tragen, bis das französische Proletariat ihm hilft, die Fesseln von Versailles zu brechen.“

Das ist natürlich und selbstverständlich etwas ganz anderes, als die Erfüllungspolitik der Sozialdemokratie!

Es fehlt nicht der Hinweis auf das Allheilmittel, das Schutz- und Trübhündnis mit Sowjetrußland:

„Sowjetrußland wird dann seine Rote Armee und die Naturkräfte seines weiten Reiches nicht zur Aufrichtung eines neuen imperialistischen Deutschlands zur Verfügung stellen, sondern zur wirtschaftlichen Stärkung und Entwicklung des russischen und deutschen Volkes, zur gemeinsamen Verteidigung gegen die Kapitalisten des Westens, wenn sie dem arbeitenden Volk Deutschlands keinen Frieden gewähren.“

Das neue Tuberkulosegesetz.

In nächster Zeit wird im Preussischen Landtag die Beratung des Tuberkulosegesetzes neu aufgenommen. Der Verband der Tuberkulosekranken erhebt anlässlich der Beratungen eingehende Forderungen. Er verlangt:

1. Verstaatlichung aller der Bekämpfung der Tuberkulose dienenden Organisationen, Heilstätten, Krankenhäuser und Fürsorgestellen.
2. Zentralisation aller Fürsorge und Bekämpfungsbestrebungen in einem Reichsgesundheitsministerium.
3. Weiterer Ausbau und Vermehrung der Heilstätten, die eine längere Behandlungsdauer, eine kürzere Wartezeit und eine individuellere Behandlung des einzelnen ermöglichen.
4. Der Kranke hat ein Recht auf Heilstättenbehandlung, wenn dieselbe notwendig ist. Eine Heilstättenbehandlung darf nicht an dem Fehlen der notwendigen Mittel scheitern, sondern es müssen die Mittel staatslicherseits bereitgestellt werden.

Zur Durchführung einer erfolgreichen Kur ist notwendig: Sicherstellung eines Existenzminimums der Angehörigen im Falle der Erkrankung des Ernährers während der Dauer einer Heil- oder Krankenhausbehandlung.

5. Für Lungentränke, die nicht für eine Heilstättenkur geeignet sind oder auf die Aufnahme in eine Heilstätte warten, müssen Krankenhäuser errichtet werden, in denen auch anstehend Tuberkulose, sofern sie es wünschen, jederzeit Aufnahme finden können, auch muß die Verpflegung dieser Kranken in ausreichender Weise sichergestellt werden.

6. Das Fürsorgewesen muß weiter ausgebaut und praktischer gestaltet werden. Das soll in erster Linie dadurch geschehen, daß Frauen aus dem Volke zur praktischen Mitarbeit in ihm herangezogen werden.

Desgleichen verlangt der Verband der Lungen- und Tuberkulosekranken anerkannt zu werden und ersucht um Zulassung seiner Vertreter mit beratender Stimme, durch die eine ständige Vertretung der Lungenkranken und Tuberkulosekranken, die sich zusammengeschlossen haben, ermöglicht wird.

7. Sehr viel energischer als bisher muß die Tuberkulose der Kinder bekämpft werden, da erfahrungsgemäß in der Rehrzahl der Fälle der Keim der Schwindsucht in den Kinderjahren gelegt wird. Bei der Schulreform wird deswegen eine weit größere Berücksichtigung hygienischer Forderungen verlangt. Die Schulhygiene muß vertieft werden, Waldschulen, Kinderheime müssen in viel reichere Wege geschaffen werden, Badeorte auch Unbemittelten, besonders Kindern zugänglich gemacht werden. Durch Schaffung von Dachgärten und Betrachthallen muß auch denjenigen Kindern geholfen werden, die nicht auf das Land geschickt werden können.

8. Des weiteren sind gesonderte Arbeitsnachweise und Arbeitsgelegenheiten für entlassene Lungenkranke und Tuberkulose zu schaffen sowie für Lungen- und Tuberkulosekranke überhaupt. Es muß Vorbeuge getroffen werden, daß dementsprechende Kranke in

Reichs-, Staats- oder städtischen Betrieben leichtere Beschäftigung finden. Dem Verbands der Lungen- und Tuberkulosekranken Deutschlands ist Mitbestimmung in diesen Arbeitsnachweisen zu gewähren.

Der Verband fordert, daß durch Reich, Staat und Kommune trotz aller Schwierigkeiten, die zurzeit bestehen, sehr viel größere Summen zur Verfügung gestellt werden, als es bisher geschehen ist. Er fordert daher alle Parteien des Landtages sowie die gesamte Ärzteschaft auf, sich für die Anträge der Lungen- und Tuberkulosekranken einzusetzen zu wollen.

Die Schuld von Mont Cenis.

Ein Prozeß gegen die „Bergarbeiter-Zeitung“.

Am die Mittagszeit des 20. Juni 1921 erfolgte auf der Grube Mont Cenis in Sobingen bei Herne eine Schlagwetterexplosion, die 83 Todesopfer heilte und nahezu ebensoviel Verletzte mit sich brachte. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ erklärte die Werksleitung an dem Massenunglück insofern für mitschuldig, weil sie einen Bergmann zum Schiefhauer ernannt habe, der des Lesens und Schreibens unfähig war und der den verhängnisvollen Schuß abgegeben hat. Die Werksleitung strengte daraufhin gegen den Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“ die Privatklage an mit dem Erfolg, daß das Urteil der „Bergarbeiter-Zeitung“ über die Werksleitung durch die Freisprechung ihres Redakteurs, Genossen Schudn, bestätigt wurde.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß hatte bereits festgestellt, daß auf der Grube Mont Cenis grobe Ungehörigkeiten bei der Sprengstoffwirtschaft vorgekommen sind. In dem Befehdsungsverfahren beschränkte sich das Schöffengericht lediglich auf die Feststellung, ob der verunglückte Schiefhauer Paulin lesen und schreiben konnte. Als Zeuge trat der Revierleiter Hoyer auf, der das Schiefhauer Paulin zu kontrollieren hatte, was nur oberflächlich geschah. Die Witwe Paulin sagte, daß ihr Mann keine Schule besucht hatte und nicht lesen und schreiben konnte. Die Familie habe ihm den Schritzug seines Namens und das Zahlen-schreiben beigebracht. Zeitungen und Dienstvorschriften mußten ihm vorgelesen werden. Paulin habe oft darüber geklagt, daß man ihn zum Schiefhauer mache, trotzdem er nicht schreiben und lesen könne. Der Angeklagte wurde freigesprochen, da er den Beweis erbracht hat, daß Paulin nicht lesen und schreiben konnte. Die Kosten hat der Kläger zu tragen.

Verbilligung des Bestattungswesens.

Unter Vorsitz des Ministers Dipinski fand im sächsischen Ministerium des Innern eine weitere Besprechung mit Vertretern der beteiligten Ministerien, der größten Gemeinden, sowie der Organisations der Gemeinde- und Bezirksverwaltungen statt, um die Behebung der Schwierigkeiten zu beraten, die sich aus der Verteuerung der Leichenbestattung gegenüber der fortschreitenden Verarmung der Bevölkerung ergeben. Es wurde Uebereinstimmung dahin erzielt, den Aufgabekreis der Gemeindeverwaltungen in der Richtung zu erweitern, daß sie Maßnahmen treffen können, die Leichenbestattung gemeinwirtschaftlich zu übernehmen, zu vereinfachen und zu verbilligen. Die Vorarbeiten, um die gesetzliche Grundlage hierfür zu schaffen, haben begonnen und werden nimmehr in enger Fühlung mit den in Betracht kommenden Organisationen beschleunigt zum Beschluß gebracht werden.

Verdoppelung der Postgebühren. Am 6. Februar tritt der Verkehrsbeirat beim Reichspostministerium zusammen, um gutachtliche Stellung zu nehmen zu einer neuen, zum 1. März geplanten Verdoppelung der Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren. Diese Gebührenerhöhung macht sich notwendig, weil bei der neueretretenen Geldentwertung die jetzigen Gebührensätze ein Defizit von rund 500 Milliarden Mark für das Jahre 1923 ergeben würden. Durch die neue Erhöhung kommt der gewöhnliche Fernbrief auf 100 M. zu stehen, d. h. die Gebührensätze der Reichspost weisen gegenüber der Kriegszeit eine tausendfache Erhöhung auf.

Einem sächsischen Kulturring veranstaltet der Bund einschleider Schulförderer am 10. und 11. Febria in Riesa. Die Tagung wird sich hauptsächlich mit der Kulturpolitik der sächsischen Regierung befassen.

Der Staatsgerichtshof hat die Beschwerde des Verbandes nationalsozialistischer Soldaten gegen die Auflösungsverfügungen verschiedener Landeszentralbehörden kostenspflichtig verworfen.

40 000 Mark.

Von Th. Thomas.

Dieser Tage hatte ich ein Erlebnis, das höchst einfach genannt werden kann. Eigentlich war ich bloß Zuschauer und Zuhörer, aber trotzdem hat es mich tief erschüttert.

Es war im Bahnhof zu Gardelogen. Ich sah am Tisch, als zwei Männer zu gleicher Zeit Platz nahmen, sich lebhaft musterten, dann fast gleichzeitig redeten:

„Bist Du nicht der Wagner?“

„Sind Sie nicht Fischer?“

Beide bejahten. Ich erfuhr: Sie waren zusammen im Jahre 1916 zu gleicher Zeit eine Verwundung erlitten, waren zusammen in die Heimat gekommen und hatten sich seitdem nicht wiedergesehen.

Sie sprachen dieses, was mich nicht interessierte. Ich hörte aber, daß dem einen sein Gut 1914, als er einrückte mußte, vor dem Verlassen stand und ihm nur dank den Kriegsgeldern die Wirtschaft erhalten blieb.

Der andere war ein Monteur, der 1914 die horrenden Summe von 40 000 M. teils erpart hatte, fast soviel, als um was es sich bei der verlumpten Wirtschaft gehandelt hatte.

Ruh wurde es für mich doch anregend.

„Wir geh's heute gut“, betonte der Landwirt.

Das wäre übrigens zu sagen unnötig gewesen. Die frohe Laune, die Sattheit, die sich in allem ausprägte, dies aufgelassene Gesicht mit allem Drum und Dran sprach für sich selbst.

Er sah auf dem Stuhl wie einer, der über alles verfügt.

„Ich wollt', ich könnt's auch sagen“, meinte sein Gegenüber.

„Bist immer noch in der Maschinenfabrik?“

„Immer noch — und bin froh, daß ich's bin.“

„Ich bin gut dran. Seit 1916 war ich rekonvalesziert; bin nimmer raus. Das Geschäft ging gut“, sagte der Landmann. „Wie ich heimkommen bin, da hat mei' Weib schön zusammengespart. Jetzt hab' ich die 40 000 M. schon 1921 zurückgeholt, hab' gebaut und noch ein schönes Stück Geld daheim liegen.“

„Warum denn daheim?“

„Weißt: sicher ist sicher, ich trau' den heutigen da oh'm nicht. Dann braucht auch nich' jeder Hainke überall rinzugucken.“ Er lächelte schlau.

Es entstand eine Stille, dann fragte der Bauer: „Na und bei Dir? Du bist doch wohl auch schön raus?“

„Ja? Mir ist es umgekehrt gegangen. Mein Geld hab' ich dem Schwager meiner Frau geborgt, der auch so ein Gütchen hat da irgendwo im Thüringischen. 1922 im Oktober hat er mir das Geld eines schönen Tages gebracht. Als ich es ausgegeben wollte, bekam ich nicht einmal einen Küchenschrank dafür.“

Dem Bauer lief wohl eine Fliege über das Gesicht, er strich mit der Hand danach. Oder war es, um eine Verlegenheit zu verbergen? „Ja“, ergriff der Monteur das Wort. „Du... Sie haben mit lumpigen Papiermark die Goldmarkschulden zurückgezahlt, ich hab' für mein sauer erarbeitetes Gold wertloses Papier erhalten. Das ist das Ganze, höchst einfach scheinbar, aber doch, wie man sieht, sehr viel doppelte Moral dabei.“

So saßen die beiden nebeneinander. Zwei Männer, gleich alt, vielleicht gleich arbeitend. Beide sprachen kein Wort mehr. Ich wußte auch nicht, was sie sich hätten sagen sollen, aber mir kam die tiefe Tragik des Falles auf einmal klar zum Bewußtsein. So wie es dem Monteur ging, ist es uns allen ergangen — und der frohliche Landmann hat Zehntausende von Gefährten, denen es wie ihm leicht ums Herz ist.

Durchschnitts-Photographie. Der englische Anthropologe Francis Galton hat die „Durchschnitts-Photographie“ zu anthropologischen Zwecken erdacht, um auf diese Weise Typenbilder von verschiedenen Gruppen der gleichen Rasse oder des gleichen Berufs zu erhalten. In neuerer Zeit aber ist man dazu übergegangen, auch das Durchschnittsbild einer einzelnen Persönlichkeit festzuhalten, um dadurch den typischen Charakter des betreffenden Gesichtes zu gewinnen. Während eine gewöhnliche Photographie den Menschen in einem einzigen, mehr oder weniger glücklichen Moment darstellt, gewährt ein durch verschiedene Aufnahmen gewonnenes Kombinationsbild einen tieferen Einblick in den typischen Gesichtsausdruck. Wie Dr. F. Stumpf in der „Photographischen Rundschau“ berichtet, hat er interessante Versuche in dieser Richtung unternommen. Es werden aus möglichst gleicher Stellung mehrere Aufnahmen einer Person gemacht, und zwar muß diese Person für jede Aufnahme einen möglichst anderen Gesichtsausdruck annehmen. Man kopiert dann nacheinander sämtliche Platten mit verkürzter Expositionszeit auf ein und dasselbe Papier. Zum Zweck des Versuches ließ sich die Schauspielerin Margarete Christians in verschiedenen Stimmungen photographieren, und vermöge ihrer mimischen Kunst brachte sie den Ausdruck des Freundlichen, hochmütigen, nachdenklichen, Resonanzvollen, Verzweifelten usw. gut zur Geltung. Auf dem Kombinationsbild kann man die verschiedenen Muskelbewegungen des Gesichtes nicht mehr genau erkennen, aber sie sind noch andeutungsweise vorhanden und verleihen dem Bild eine undefinierbare Stimmung. Zweifellos ist der Eindruck einer solchen Photographie lebensvoller und persönlicher als eine gewöhnliche Aufnahme. Dies beruht wohl darauf, daß einzelne von der normalen Haltung abweichende Züge in dem Gesicht mitsprechen. Die Durchschnittsphotographie berücksichtigt gewisse feinstufige Imponderabilien, die bei der gewöhnlichen Photographie nicht in Erscheinung treten und dieses Verfahren der Tätigkeit des Malers annähern, der ebenfalls sein Modell unter wechselnden Stimmungen festhalten muß.

Druckpapier aus alten Zeitungen. Ludwig Börne bedauerte vor 100 Jahren, als er das französische Papier auf der ersten Pariser Industrierausstellung bewunderte, daß es in Deutschland an „feinen vornehmen Lumpen“ fehle, um ebenso vorzügliche

Papiere herzustellen. Heute braucht man die Lumpen nicht mehr zur Papierherzeugung, denn das meiste Papier wird aus Holz hergestellt. Aber in unseren Zeiten ist das Holz so teuer und so selten geworden wie früher die Lumpen, und der Materialwert des Zeitungspapiers spielt gegenwärtig eine ungeheure Rolle in dem Haushalt einer Zeitung. Bei einem Preise von 180 M. und mehr für ein Kilo Zeitungspapier ist es erklärlich, daß man diesen „Wertgegenstand“ nicht mehr achtlos wegwirft, sondern alles Papier sammelt. Die Papierfäbrer in den öffentlichen Anlagen sind überflüssig geworden, die Natur wird nicht mehr durch die Ueberreste der sonntäglichen „Stullen“ bei Ausflügen verunreinigt, und es gibt heute Papierfänger auf den Straßen, wie es früher Stummelfänger gab.

Bei dieser Wertsteigerung alten Papiers ist das Problem immer dringlicher geworden, wie man aus altem Zeitungspapier neues Druckpapier gewinnen kann, und überall in der Welt werden zur Erreichung dieses Zweckes Versuche angestellt. Ueber die Ergebnisse, die die englischen Chemiker Bascerville und Weston Stevenson erzielt haben, berichtet Fröh Hansen in der „Umschau“. Es zeigte sich, daß eine vollständige Entfernung der Farbe auch bei eingeleiteter Waschung nicht möglich ist. Die Druckerfärbung enthält nämlich außerordentlich fein verteilten Kohlenstoff, von dem immer etwas in der Papiermasse zurückbleibt. Jedoch läßt sich durch geschickte chemische Behandlung aus altem Zeitungspapier ein Papierstoff gewinnen, der zwar etwas angedunkelt, aber durchaus verwendbar ist. Für die Färbung der Druckerfärbung wurde Natronlauge benutzt, und zwar wurden 27 Kilogramm Natron auf eine Tonne altes Zeitungspapier verwendet. Die Papierfasern wurden dadurch nicht stark angegriffen. Nimmt man einen größeren Zusatz von Natron, so erhält der Papierstoff eine gelbliche Färbung, wie man sie schon sehr vielfach beim Zeitungspapier bemerken kann. Durch Verwendung alkalischer Färbung an Stelle des Natron wird es sogar möglich, den Kohlenstoff und auch das Bindemittel der Farbe von der Papiermasse zu trennen, und diese ergibt dann einen fast reinen Papierstoff. Diese Methode zur Wiedernutzbarmachung des Zeitungspapiers verdient bei uns die größte Beachtung.

Staatsober. Der Vorverkauf zu dem für Sonntag, den 4. 11., Uhr, angeordneten Ritzkonzert um 8 Uhr hat begonnen. Die Preise sind 100—2000 Mark.

Eine Rotgenossenschaft deutscher Ärzte. Um die Not der Hilfsbedürftigen und ärztlichen Dienstleistungen zu lindern, ist eine Rotgenossenschaft deutscher Ärzte begründet worden. Der Ausschuß, der auf die Unterstützung deutscher Ärzte in den hospitalitären Ländern wie der Schweiz und Amerika rechnet, hat dazu dienen, den bestehenden Unterstützungseinrichtungen ausblühende Mittel zu gewähren.

Der nächste Kongreß für Augenheilkunde wird, wie in der „Allgemeinen Wochenschrift“ mitgeteilt wird, 1925 in London stattfinden. Das vorbereitende Komitee teilt mit, daß die drei offiziellen Verhandlungssprachen Englisch, Französisch und Deutsch sein werden. An die führenden ophthalmologischen Gesellschaften aller Nationen ergab eine Einladung, nämlich einen Vertreter zur Vorbereitung des Kongresses zu ernennen. Man will auf diese Weise eine große Weltkongress bilden, die die Interessen der Augenheilkunde wahrnehmen soll.

Krise in Bayern?

München, 30. Januar. (Ca.) In der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Landtages stellte vor Elert in die Tagesordnung der Sozialdemokratie in die Anfrage, ob die Regierung sich nicht veranlassen wolle, über die Vorgänge der letzten Tage dem Landtag eine Erklärung abzugeben. Der anwesende Kultusminister Dr. Matt erklärte sich dazu außerstande und stellte dem Ausschuss anheim, ein dahingehendes Ersuchen dem Ministerpräsidenten zu unterbreiten. Da auch der Demokrat Dr. Hammer-Schmidt dem Wunsche nach Abgabe einer Regierungserklärung beifolgt, erklärte sich der Ausschussvorsitzende bereit, dem Ministerpräsidenten von diesem Wunsche Mitteilung zu machen. Es ist also wohl zu erwarten, daß in nächster Zeit dem Landtage nähere Mitteilungen von der Regierung gemacht werden. Zurzeit finden noch Beratungen im Schoße der Regierung statt, von deren Ergebnis wohl der weitere Verlauf der Dinge abhängen wird. Doch herrscht allgemein der Eindruck vor, daß von einer Regierungserklärung keine Rede sein kann. Selbst die deutschnationalen „München-Münchener Abendzeitung“ wendet sich heute gegen den gestrigen starken Angriff der „Münchener Neuesten Nachrichten“ auf die Regierung, indem sie bemerkt, man sollte darauf verzichten, das Volk noch mehr verwirren zu machen. Zehnwehne und Ausnahmezustand wären zwar kein Ruhmesblatt in der Geschichte der gegenwärtigen bayerischen Regierung. Es geht aber doch zu weit, wenn man diese selbige Angelegenheit zu einem scharfen Schreckgespenst aufblähen sucht. Damit dürfte das Volk die Ansicht der maßgebenden politischen Kreise getroffen haben, die im jetzigen Augenblick einen Berichtigungsweg für möglichst unerwünscht halten.

Debatte im Reichstagsauschuss.

In der fortgesetzten Debatte über den Justizetat im Haushaltsausschuss des Reichstages beschwerte sich am Dienstag der Abgeordnete Graf Thüringen (Dnall.) über die einseitige Anwendung der Schutzgesetze besonders in Preußen. Er verlangte ihren baldigen Abbau, da sich die gesamtpolitische Lage wesentlich entspannt habe. Reichsjustizminister Dr. Heinke erklärte, der Abbau der Schutzgesetze sei eine hochpolitische Frage, über die nur das Gesamtkabinett nach Prüfungnahme mit den Parteien entscheiden könne.

Genosse Hermann Müller-Franken bezieht sich eine eingehende Stellung für das Plenum vor, betonte jedoch, daß eine Entspannung bisher nicht eingetreten sei. Von Südbayern werde über Franken und Thüringen hinweg der Versuch gemacht, nach Preußen vorzustoßen. Die Bewaffnung der Rechtsradikalen werde dabei von gewissen amtlichen Stellen in Bayern begünstigt. Die Beweise dafür würden im Plenum erbracht werden.

Ruhe in Thüringen.

Kein Eingreifen der Reichsregierung.

Weimar, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die in Gera festgenommenen Freischärler sind inzwischen über die thüringische Grenze abgehoben worden. Da somit die Voraussetzung für die Verhängung des Ausnahmezustandes hinsichtlich gemorden ist, wird sich die thüringische Staatsregierung heute nachmittags mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes beschäftigen. Die in Berliner Wäldern verbreitete Nachricht, daß der Reichskanzler Cuno die Freilassung der Verhafteten und Aufhebung des Befreiungszustandes verlangt habe, ist falsch. Bei der thüringischen Staatsregierung ist ein solches Verlangen nicht gestellt worden.

Generalausweisung im Rheinland.

Essen, 30. Januar. (W.B.) Die französischen Militärbehörden haben bestimmt, daß auch im Ruhrgebiet alle Beamten auszuweisen sind, die es ablehnen, den französischen Befehlen zu gehorchen.

Diese Anordnung wird in den Berichten der Pariser Zeitungen über die Absichten der französischen Regierung bestätigt. Eine Düsseldorf-Hannoversche Meldung spricht nur von der Ausweisung unsolgender hoher Beamter.

In Aachen Zolldirektor Kordes; ferner Oberregierungsrat Rhode vom Finanzamt Essen und Oberregierungsrat Schmidt vom Finanzamt Bochum, die Vorsteher der Hauptzollämter Essen und Rülheim (Ruhr), Zollrat Kemmerich-Bingen, Zollrat Surholt und Oberzollinspektor de la Motte-Rosfeld, Regierungsrat Grunewald und ein Oberverwalter, die sich nach ihrem Chef Schmidt-Bochum erkundigten, kehrten nicht zurück.

Vorsteher Haffke aus Cleve ist zu 4 Wochen Gefängnis bei sofortigem Straftritt verurteilt worden.

Die Verjagungsprozedur.

Dortmund, 30. Januar. (Tremonia.) Polizeipräsident Brandt, der Präsident der Oberpostdirektion Hüffel und Oberbahnhofsvoerscher Warmer wurden im Auto bis nach Dissen gebracht und auf der Landstraße ausgeführt. Verabschiedung von den Familien wurde nicht gestattet. Abends kam in Dissen noch der ausgewiesene Polizeihauptmann Scherper aus Herne an.

Gar nicht erst einlassen!

Wiesbaden, 30. Januar. (Ll.) Den hiesigen Regierungsbehörden wurde von der Rheinlandkommission eröffnet, daß die für die ausgewiesenen Beamten in Aussicht genommenen Nachfolger Haenich und Scheer nur dann zugelassen werden würden, wenn sie vorher schriftlich erklärten, daß sie den Anordnungen der Befehlshaber freiwillig Folge zu leisten bereit seien.

Devisenkurse.

	30. Januar		29. Januar	
	Käuf- (Gold-) Kurs	Verkäuf- (Silber-) Kurs	Käuf- (Gold-) Kurs	Verkäuf- (Silber-) Kurs
1 holländischer Gulden	15561.—	15630.—	15047.80	15117.70
1 argentinische Papier-Peso	14568.50	14638.50	12919.37	12250.63
1 belgischer Franc	2154.60	2165.40	1875.95	1894.68
1 norwegische Krone	7182.—	7218.—	6094.87	6065.13
1 dänische Krone	7381.62	7388.88	6294.22	6253.78
1 schwedische Krone	10478.75	10526.25	8802.98	8847.07
1 finnische Mark	1002.48	1007.52	887.00	882.10
1 japanischer Yen	19251.75	19248.25	15860.25	15939.75
1 italienische Lire	1455.35	1464.65	1266.07	1274.93
1 Pfund Sterling	162048.75	162958.25	138116.25	138889.75
1 Dollar	39650.62	39849.38	33168.87	33333.13
1 französischer Franc	2428.91	2441.09	2054.85	2065.15
1 brasilianischer Milreis	4563.56	4598.44	3740.02	3759.98
1 Schweizer Franc	7381.50	7418.50	6184.50	6215.50
1 spanische Peseta	6184.50	6215.50	5162.00	5187.94
100 österr. Kronen (abgeh.)	—	—	46.63	46.87
1 tschechische Krone	—	—	952.61	957.39
1 ungarische Krone	—	—	12.68	12.74
1 bulgarische Leva	—	—	104.51	105.49
1 jugoslawischer Dinar	—	—	276.81	276.69

Erster Zug 545.

Frei 5.30 Minuten auf dem neuen Nord-Süd-Bahnhof Halle'sches Tor. Der Bahnsteig ist hell erleuchtet. Der Zug, der die erste öffentliche Fahrt machen soll, steht bereit. Männer in blauen Arbeitskitteln eilen noch geschäftig hin und her. Monteur legen die letzte Hand an den Schaltungsschrank. Der Zeitungs-Kost ist noch nicht eingeräumt und wartet darauf, daß bald die neue Mitarbeiter kommt. Erst ganz allmählich wird sich alles vollenden. Nur etwa 30 bis 40 Personen waren heute herbeigeeilt, um die erste Fahrt mitzumachen. Und von diesen wenigen war es zunächst nur ein Bruchteil, der den Zug als Beförderungsmittel zur Arbeitsstätte benutzte. Der Zeitler der Uhr rückt trägt vorwärts. Nervöse Neugierige vergleichen gegenseitig ihre Uhren und rechnen angestrengt die noch fehlenden Minuten aus. Es ist 3.35 Minuten. „Einsteigen!“ ruft der Zugabfertiger. Die Türen werden geschlossen, jeder wartet auf das erste Rufen. Aber er rückt nicht! Der Zug bleibt stehen und rückt und rührt sich nicht von der Stelle. Der Zugabfertiger hat sich nur ein wenig geäußert. Erst 5.45 Minuten geht der erste Zug. Doch auch diese kurze Spanne Zeit verläuft „fertigt!“ schallt es endlich und die Fahrt beginnt. Ruhig rollt der Zug untertags dahin. Bahnhof Kochstraße. Ich vergleiche die Uhr. Nicht ganz zwei Minuten Fahrtdauer haben wir gebraucht. Einzelne Personen steigen ein und weiter geht die Reise. Der Bahnhof Leipziger Straße bringt einen härteren Zustrom von Bahrgästen. Punkt 5.50 Minuten passiert der Zug die Station Französischer Straße und gleich darauf den Bahnhof Friedrichstraße. Zunächst kein Andrang von Fahrgästen. Am Oranienburger Tor begegnen wir dem ersten Zug von der entgegengesetzten Richtung, der dasselbe Bild bietet: auch hier nur geringe Besetzung. Die vorläufige Endstation nach Stettiner Bahnhof. „Alles aussteigen!“ Die Uhr zeigt 5.56 Minuten. „Hätte ich nicht gedacht“, meinte einer, in elf Minuten von Halle'sche bis zum Stettiner. Eine feine Sache det.“ Die erste öffentliche Fahrt ist vorüber. Sie fand so ziemlich ohne Beteiligung der Öffentlichkeit statt. Dieser idyllische Zustand wird nicht lange währen. Das Nord-Süd-Abteil wird bald nicht weniger zu schleppe haben als seine große Schwester, die Hoch- und Untergrundbahn.

Tarifserhöhungen auf der ganzen Linie.

Zugleich mit der Straßenbahn hat auch die Allgemeine Berliner Omnibus-Ges. mit dem heutigen Tage die Tarife auf ihren Autobuslinien auf 150 M. für die Vollstrecke und 180 M. bzw. 200 M. auf der Linie E für die ganze Strecke erhöht. Die Stadtbahn folgt dem Beispiel der übrigen Verkehrsunternehmen am kommenden Donnerstag, indem sie den Fahrpreis in der 1. Klasse auf 80 M., in der 2. Klasse auf 160 M. erhöht. Die nächste Tarifserhöhung bei der Hoch- und Untergrund- bzw. Nord-Südbahn ist für die nächste Woche zu erwarten, doch stehen die neuen Fahrpreise noch nicht fest. Auch die Droschkenbesitzer verlangen eine Herabsetzung der bisherigen Tarife, die augenblicklich für Krasidroschken das 120fache, für Pferdendroschken das 700fache betragen. Sie verlangen die 2500fache Lage für Benzin- und 2300fache für Elektrodroschken. Seitens der zuständigen Behörden wird zurzeit noch geprüft, ob diese Forderung auch den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Die Besitzer der Pferdendroschken haben bisher noch keine Tarifierhöhung beantragt, dürften aber dem Beispiel der Krasidroschken ebenfalls in Kürze folgen.

Verstärkter Kampf gegen die Metalldiebe.

Millionwerte an gestohlenen Metallrollen wurden von der Kriminalpolizei ermittelt und beschlagnahmt. Die erschreckende Häufung der Metalldiebstähle veranlaßte die Kriminalpolizei, ganz besondere Maßnahmen gegen dieses Verbrechen zu ergreifen. Das Sonderdezernat, das für diese Diebstähle von seher bestand, wurde verdoppelt, und so sind jetzt ständig zwei Kriminalkommissare mit 30 Beamten hinter diesen Spezialisten und ihre Abnehmer her. Weil besonders auch die Postverwaltung unter den Metalldiebstählen zu leiden hat, so werden zu den Streifen und Durchsuchungen auch Beamte des Linienbüros der Oberpostdirektion zugezogen. Die Beobachtung und Nachforschung geschehen namentlich auch den Metallhandlungen, die teils öffentlich, sehr oft aber auch in den verschiedensten Gegenden der Stadt geheim getrieben werden. Um die Kontrolle auf das schärfste durchzuführen zu können, wurden an einzelnen Stellen ganze Straßenzüge abgesperrt und dann alles gründlich durchsucht, besonders auch die Höfe und Hinterhäuser großer Grundstücke. So wurden bisher 40 Personen aufgegriffen, die zum Teil gerade während der Kontrolle mit gestohlenen Material kamen, um es zu verkaufen, darunter auch eine Reihe von Arbeitern, die das Metall aus ihren Fabriken gestohlen hatten. Der Wert des Metalls aller Art, auch Postkabel, das als Fabrikabfall und der Postverwaltung gestohlen festgesetzt und beschlagnahmt wurde, geht in die Millionen. An verschiedenen Stellen wurden auch die Wäcker der Metallhändler zu einer genauen Prüfung beschlagnahmt. Die Anhaber der geheimen Verkaufsstellen führen aber, wie festgestellt wurde, gar keine Bücher. Die scharfe Kontrolle wird dauernd fortgesetzt.

Dem Reichsrat und Reichswirtschaftsrat sind soeben zwei im Reichswirtschaftsministerium ausgearbeitete Gesetzentwürfe zugegangen, die der Beseitigung unerträglich gewordener Mißstände dienen sollen. Es sind dies der Entwurf zu einem „Gesetz betr. den Kleinhandel mit unedlen Metallen“ und der Entwurf zu einem „Gesetz betr. den Handel mit Edelmetallen, Edelsteinen und Perlen“. Der erste Entwurf verfolgt den Zweck, die vielen Metallhandlungen, die in Wirklichkeit nichts anderes als Hehlereienternehmen (schlummernde Sorten) sind, von denen ein ständiger Anreiz zur Ausübung von Metalldiebstählen ausgeht, unmöglich zu machen, indem der Erlaubniszwang für die in Betracht kommenden Gewerbebetriebe und auch für die bereits bestehenden eingeführt wird, und zwar in Abhängigkeit von dem Bedürfnisnachweis. Der Gesetzentwurf sieht außerdem das Verbot des Erwerbs von Metallen, Metallbruch, alten Metallgeräten von jugendlichen Personen und die Verpflichtung zu genauer Buchführung vor. Die Androhung strenger Strafen und die Möglichkeit der Schließung des Gewerbebetriebes im Falle der Zuwiderhandlung sollen den gesetzlichen Vorschriften den nötigen Nachdruck verleihen und die Behörden instandsetzen, die Metallhehlerei in Zukunft wirksam zu bekämpfen. — Der zweite Gesetzentwurf, der den Handel mit Edelmetallen, Edelsteinen und Perlen betrifft, sieht ebenfalls die Vorschriften des Erlaubniszwanges vor und legt sich im übrigen an die Vorschriften für unedle Metalle an. Die Bekämpfung der Gewerbehehlerei, ohne die dieser Kampf nicht durchzuführen wäre, soll nach den beiden Gesetzen auf drei Jahre beschränkt sein.

Ein „seines“ Jugendamt.

Unter dieser Überschrift veröffentlichte am vergangenen Sonntag die „Rote Fahne“ eine ansehnliche Zuschrift, in der berichtet wird, daß ein achtjähriger Junge, durch das Bezirksamt Friedrichshagen in das Kinderheim Borsich verbracht, in höchstem Grade unterernährt und außerdem an Gelenkrheumatismus leidend zu seinen Angehörigen zurückgekommen sei. Auf Grund dieser Zuschrift leitet sich die „Rote Fahne“ einen Angriff auf das Bezirksamt Friedrichshagen in ihrer bekannten Manier. Die Nachprüfung der Angelegenheit ergab, daß das in Frage stehende Kind tatsächlich vom Jugendamt Berlin — nicht Bezirksamt Friedrichshagen — in das Kinderheim Borsich verbracht war, und zwar auf Wunsch der Mutter. Tatsache ist ferner, daß das Kind unterernährt zu seinen Angehörigen zurückkam,

aber nicht wegen unzureichender Ernährung oder durch die Schuld des Jugendamts, sondern weil der Junge in der letzten Zeit seines Aufenthaltes in dem Heim dieses wiederholt verlassen und sich ohne Nahrung und ohne warme Kleidung tagelang im Freien herumgetrieben hatte. Das Verlassen des Heims durch den Jungen ist aber keinesfalls auf schlechte Behandlung oder sonstige Mißstände zurückzuführen, sondern ist teils triebhysterischer Natur, teils eine Folge der bedauerlichen Tatsache, daß das Kind bei seinen Angehörigen, die auf Erwerb angewiesen sind, kein geregelter Familienleben fände und meistens sich selbst überlassen war. Die Leitung des Heims ist jederzeit bereit, der Redaktion der „Rote Fahne“ eine Kontrolle des Heims zu gestatten, um sich davon überzeugen zu können, daß sich sämtliche Jünglinge des Heims in puncto Erziehung und Bepflegung durchwegs guten Händen befinden.

Die Berliner Milchwirtschaft.

Der preussische Landwirtschaftsminister hat in einem besonderen Erlass vom 19. Januar („Reichsanzeiger“ vom 22. Januar) dem Magistrat Berlin mit Zustimmung des Reichsernährungsministeriums für die Bewirtschaftung von Milch folgende Ermächtigung erteilt:

„Der Magistrat der Stadt Berlin kann für die gesamte Frischmilch, die im Stadtgebiet zur Verteilung gelangt, Vorschriften über ihren Abfah und Verbrauch erlassen. Er kann zu diesem Zweck die Vergütung bestimmen, die alle von ihm zum Abfah zugelassenen Stellen für ihre Tätigkeit zu erhalten haben. Er kann ferner anordnen, daß diejenigen Stellen, denen der Abfah nach Berlin eingeführter Frischmilch unmittelbar an Kleinhandlerv oder Verbraucher gestattet ist, bestimmte Beträge an ihn abzuführen haben.“

Die Verordnung steht zweifellos in einem Zusammenhang sowohl mit der reichsgerichtlichen Entscheidung, nach der das Berliner Milchamt nicht berechtigt ist, Zuschläge auf den Milchpreis zu erheben, wie mit dem „Vorwärts“ gestern mitgeteilten Zuständen in der Wirtschaft des Berliner Milchamtes. An sich ist durchaus zu begrüßen, daß durch diesen Erlass die Erhebung von bestimmten Zuschlägen, ohne die eine geregelte Organisation und Kontrolle der Berliner Milchwirtschaft nicht möglich ist, gesetzlich geregelt wird. Um so mehr aber muß auf das nachdrücklichste von den Vertretern der Bevölkerung die Forderung erhoben werden, daß das Berliner Milchamt und mit ihm die gesamte Berliner Milchwirtschaft, da sie nun einmal nach Lage der Dinge sich zu einem Wirtschaftsbetrieb ausgebaut hat, unbedingt rein kaufmännisch organisiert wird. Es muß kategorisch verlangt werden, daß nach dem Vorbild anderer städtischer Wirtschaftsbetriebe, die zum Teil bereits vorzügliches leisten, wie das Anschaffungsamt G. m. b. H., die Brennstoffzentrale G. m. b. H. und andere auch der Milchbetrieb aus dem üblichen Rahmen der städtischen Bureaokratie herausgenommen wird. Nur so wird es möglich sein, daß die Bevölkerung die Garantie bekommt, daß kein überflüssiger Preis von ihr erhoben und die einmal erhobenen Zuschläge wirklich nur zu ihren Gunsten verwendet werden. Wir werden auf die Verhältnisse zurückkommen, wenn die Bilanz des Milchamtes vorliegt.

Ein Gericht gegen die Schundliteratur.

Von einem Berliner Landgericht ist kürzlich ein Urteil ergangen, das die Bestrebungen zur Bekämpfung der Schundliteratur für ungesetzlich erklärt, da der Druck von Schund und Schmutz gesetzlich nicht verboten sei. Der persönlich verklagte Direktor des Jugendamtes hatte demgegenüber seine gerichtliche (u. i. Art. 1 des Jugendwohlfahrtsgesetzes) und verwaltungsmäßige Pflicht betont, die Jugend vor erziehungsschädlichen Einflüssen zu schützen. Trotzdem verbot das Gericht auf seinem Standpunkt, der in der Wirkung einer, wenn auch ungewollten Unterdrückung des schmutzigen Geschäftes mit der Seele unserer Jugend gleichkommen muß. Gegen das samt seiner Begründung höchst ansehnliche Urteil ist Berufung eingelegt. Es ist also nicht rechtskräftig. Ebenjowenig stellt es die allgemeine Gerichtsauflösung dar, denn in einem zweiten Prozeß gegen den Geschäftsführer des Berliner Ausschusses zur Bekämpfung der Schundliteratur ist eine andere Kammer desselben Gerichts auf die erhobenen Einwände eingegangen. Schon diese Tatsache, daß in einer so einschneidenden Frage an einem und demselben Gericht entgegengesetzte Auffassungen vertreten werden, zeigt, daß eine gesetzliche Regelung der Schundfrage dringend notwendig ist. Im übrigen ist die Verbreitung der Schundliste in keiner Weise gehemmt, sie erscheint in erweiterter Form mit den Unterschriften von etwa 40 Bildungsverbänden fast aller Parteien und Weltanschauungen.

Er kennt sich selber nicht.

Man soll die Wichtigkeit der Titel doch nicht unterschätzen. Einem Berliner Gemeindefunktionär, der das nicht bedacht hatte, ist eine kleine Lektion erteilt worden. Er schickte an das Provinzial-Schulkollegium einen durch Einboten zu bestellenden eingeschriebenen Brief mit der Aufschrift: „An das Berliner Provinzial-Schulkollegium, Volksschulabteilung, z. H. Herrn Rat Brehel oder seinem Vertreter.“ Der Briefumschlag trug den Aufdruck „Freie Lehrergewerkschaft Deutschlands, Ortsgruppe Berlin“ und beigelegt war mit einem Stempel die Adresse des Absenders. Nach einigen Tagen brachte der Briefträger den Brief zurück und der überraschte Absender fand auf dem Umschlag folgenden Postvermerk: „Oberregierungsrat Brehel verweigert die Annahme, da die Adresse nur an Herrn Rat Brehel lautet.“ Ansehender hatte der Oberregierungsrat Brehel in dem „nur“ Rat Brehel sich selber nicht erkannt. Das kommt davon, wenn man nicht jeden Deutschen seinen richtigen Titel anhängt.

Ausflugspolizei. Unter dieser Überschrift brachten wir in Nr. 41 des „Vorwärts“ einen Bericht über ablehnende Haltung der Rechten in der Reutländer Bezirksversammlung gegen einen sozialdemokratischen Antrag betr. Errichtung eines Sportplatzes in Rudow. Hieran wird mitgeteilt, daß es sich nicht um die Errichtung eines Sportplatzes in Rudow, sondern um die Fertigstellung des bereits im Frühjahr 1920 von der damals noch selbständigen Gemeinde Rudow errichteten und mit einem festen Drahtzaun versehenen Sportplatz, welcher durch die Sperrverfügung des Magistrats Groß-Berlin nicht vollendet werden konnte, handelt. Um so bemerkenswerter ist die Stellungnahme der Rechten zu diesem Antrage.

Die Jugendtribe für Tegel-Vorgrünwalde und Waidmannslust findet Sonntag, den 26. März, in der Villa der Humboldt-Überrealschule statt. Der Vorbereitungsunterricht findet jeden Dienstag von 8-5 Uhr im Arbeiterjugendheim Tegel, Bahnhofsstr. 15, statt. Anmeldungen dort! und beim Genossen Haupt, Bahnhofsstr. 7.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgebung. Einmal älter, vielfach reifer, vorübergehend wieder härter demütigt mit leichten Schneefällen und streichen, zwischen Nordost und Nordwest schwanfenden Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Volksdienst. West. Heute, Dienstag, 7 Uhr. Öffentliche Volkspetition im Darmstadt-Bureau, Ehrenwegstr. 10/104. Thema: Umarmung der Frau in der Natur. Besetzung der Rollen und die Stellung der W.F.P.D. Referent: Reichstagsabgeordneter Walter Crippien.

Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin. Heute abend findet im Jugendheim Kaiser-Friedrich-Str. 4 ein Werkabend statt. Vortrag: Die wirtschaftliche Not und die Aufgaben der sozialistischen Arbeiterjugend. Die Genossen müssen erscheinen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie.

Die Krise in der Textilindustrie nimmt in geradezu beängstigender Weise von Tag zu Tag an Umfang zu. Vor etwa zwei Monaten schon wurden in der gesamten Industrie ca. 160 000 Kurzarbeiter gezählt. Am 31. Dezember hat der Deutsche Textilarbeiterverband eine sehr eingehende und gewissenhaft durchgeführte Feststellung über den Umfang der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit innerhalb seiner Mitgliedschaft gemacht. Der Verband hatte damals rund 750 000 Mitglieder. Von der Statistik wurden 700 827 Mitglieder in 337 Ortsgruppen erfasst. Davon waren 4919 männliche und 15 327 weibliche, zusammen 20 246 arbeitslos. Außerdem waren 52 572 männliche und 109 389 weibliche, zusammen 161 961 Kurzarbeiter vorhanden. Es waren also 3 Proz. aller Mitglieder vollständig arbeitslos und 23,1 Proz. der Mitglieder waren Kurzarbeiter. Von der Kurzarbeit und der Arbeitslosigkeit zusammen betroffen waren 182 207 Mitglieder, das sind 26 Proz. Seit dem 30. Dezember bis heute hat sich die Zahl mindestens verdoppelt. Einige in den letzten Tagen eingegangene örtliche Berichte lassen das erkennen.

Aus Bayreuth, Bawden, Brandenburg a. N., Chemnitz, Kottbus, Dresden, Kaiserslautern, München-Obdach, Marienberg, Merano, Mühlhausen i. Th., Nordhorn, Oelsnitz, Plauen, Jüttau usw. wird überall von ganz außergewöhnlichen Betriebseinschränkungen berichtet. Entweder wird nur ein Teil der Beschäftigten im Betrieb gelassen oder die Beschäftigten selbst arbeiten nur drei bis vier Tage die Woche. Am schlimmsten steht es in Oberfranken aus. Dort ist Hof der Hauptort der Industrie. Schon im September setzten dort Arbeitslosenerklärungen ein. Jetzt wird dort allgemein zirka 24 Stunden gearbeitet.

Die Notlage der Arbeiterschaft steigt natürlich ins Unermessliche. Die Löhne sind weit hinter den Steigerungen der Warenpreise zurückgeblieben und die Fissern der Arbeitslosenunterstützung wirken geradezu aufreißend lächerlich. Ab 12. Dezember 1922 wurden pro Tag 316 M. Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Ab 15. Januar d. J. wurde sie auf 600 M. erhöht, ab 29. Januar erhöhte sie sich auf 720 M. Die Textilarbeiterverbände haben am 24. Januar, im Arbeitsministerium die Notlage der Arbeiterschaft geschildert und umgehende Erhöhung der Unterstützungssätze verlangt. Leider waren trotz vorheriger Anmeldung maßgebliche Persönlichkeiten des Arbeitsministeriums nicht zu sprechen. Die vom Arbeitsministerium entsandten Vertreter wußten nichts als die Schwierigkeit zu betonen, eine Gesetzesänderung herbeizuführen. Man sprach

des langen und breiten über die produktive Erwerbslosenfürsorge, die Gewährung von Krediten an die Unternehmer und viele andere schöne Sachen. Die Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes haben keinen Zweifel gelassen, daß jetzt fürs erste als wichtigste Maßnahme eine vielfache Erhöhung der Unterstützungssätze und eine Unterstützung der Kurzarbeiter in Frage kommt. Sie verlangten für die Kurzarbeiter Zahlung des Differenzbetrages zwischen Arbeitslohn und eines festzusetzenden Existenzminimums. Es wird Pflicht des Reichstages sein, sich der hungierenden Erwerbslosen anzunehmen und durch entsprechende Beschlüsse die Regierung zur Erfüllung ihrer Pflicht zu zwingen.

Baufontrolleure aus den Reihen der Arbeiter.

Die Einsturzkatastrophe im Rosse-Haus war Gegenstand der Tagesordnung einer Versammlung der Baudelegierten der Baugewerkschaft Berlin des Deutschen Baugewerkschaftsbundes am Montagabend in Boelkers Festsaal. Nach den Darlegungen von Krause ist der Unfall darauf zurückzuführen, daß die Decken infolge der feuchten Witterung noch nicht die erforderliche Festigkeit erreicht hatten, um die Last der Riesmassen zu tragen, die in Höhe von 35 bis 50 Zentimeter auf ihnen lagerten. Hätte man Querschläger auf die Träger gebracht und diese mit Brettern belegt, so hätte man den Kies auf die Bretter schütten können und die Katastrophe wäre vermieden worden. Der Redner kritisierte mit großer Schärfe das Verhalten der Bauleitung und der Baupolizei. Diese hätten sich mehr um den Bau kümmern und auf Vorbeugungsmaßnahmen bedacht sein müssen. Schließlich begründete der Redner die Notwendigkeit einer besseren Baukontrolle. Immer noch finde man die Stellen der Rüstungen auf Mauerversteine gestellt, die Herstellung der Bewehrungen sei in sehr vielen Fällen mangelhaft und die zum Schutz der Arbeiter vorhandenen Vorschriften würden nicht gehörig beachtet. Im ganzen Reich übten nur etwa 150 Beamte die Baukontrolle aus und in Berlin habe man keine Kontrollleure. Diese Arbeiter hätten von einer Baukontrolle noch nichts bemerkt. Hier müsse endlich Wandel geschaffen werden, indem man Baukontrollleure aus den Reihen der sachkundigen Arbeiterschaft wähle.

In der Aussprache stimmten alle Redner den Ausführungen des Referenten zu. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die am 29. Januar im Lokal von Boelker tagende Versammlung der Betriebsräte und Baudelegierten der Baugewerkschaft Berlin des Deutschen Baugewerkschaftsbundes verlangt von der obersten Baupolizeibehörde in Groß-Berlin, dem Oberbürgermeister, unverzüglich die Anstellung von Baukontrollleuren aus den Reihen der baugewerblichen Arbeitnehmer.“

Lohnkampf in der Berliner Filmindustrie.

Die S.-E.-Korrespondenz berichtet: Seit mehreren Wochen streiken die technischen Angestellten und Arbeiter der Firma Nestler und Union in Tempelhof. Der Kampf gewannen an Ausdehnung, als der Arbeitgeberverband der Deutschen Filmindustrie und die Filmgewerkschaft eingriffen und wiederholt ohne Erfolg verhandelten. Der Arbeitgeberverband stellte die Forderung, daß vor Aufnahme von neuen Lohnverhandlungen die Arbeit wieder aufgenommen werde, während die Arbeitnehmer mit dieser Forderung nur unter der Bedingung einverstanden waren, daß am selben Tage, an dem der Betrieb wieder in Gang käme, auch die Lohnverhandlungen beginnen sollten. Das wurde von der Arbeitgeberorganisation rundweg abgelehnt und mitgeteilt, daß auf die zurzeit in der Filmindustrie geltenden Löhne vom 1. bis 20. Januar ein 30prozentiger, dann bis zum Schluß des Monats ein 75prozentiger Zuschlag auf die Dezemberlöhne gewährt werden würde. Diese Lohnsätze hat die Filmgewerkschaft abgelehnt, da sie ohne ihre Zustimmung festgesetzt worden seien. Der Arbeitgeberverband hat daraufhin dem technischen Personal und den Arbeitern aller Filmfabriken mitgeteilt, daß heute eine Generalaussperrung für die Filmindustrie erfolgen würde, wenn bis dahin die Arbeit bei den bestreikten Firmen nicht aufgenommen worden sei. Die Filmgewerkschaft hat ihre Mitglieder ermahnt, weiter zu streiken und will, falls es zur Aussperrung kommen sollte, die Vorführer aus den großen Kinosälen herausziehen, um so auch diese Betriebe lahmzulegen.

Zwischen dem Arbeitgeberverband und den Ausländigen wird zurzeit noch verhandelt, um die angekündigte Aussperrung zu verhindern. Die Lage hat sich jedoch infolgedessen verschärft, als heute früh die Arbeiter der Firma Decca-Bioscop ebenfalls in den Streik getreten sind. Bis zur Stunde war es den Organisationen nicht möglich, die Ausländigen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen.

In der hamburgischen Eisenindustrie (Sandbetriebe) sind in den letzten Differenzen entstanden, die zur Arbeitsniederlegung geführt haben. Wir erlauben, den Zuzug von Sicherungsarbeitern nach Hamburg fernzuzulassen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Dissoziation Berlin.

Arbeitsgemeinschaft deutscher Reichs-, Fab- und Fernsprecheinrichtungen. Donnerstag 7½ Uhr. Öffentliche Versammlung im kleinen Hörsaal des Museums für Völkerkunde, Georgenstr. 34-36. Vortrag von Frau Dr. Wegscheider-Pegler über die Staatsbürgerrechte und Pflichten der Beamten.

Verantwortlich für den Inhalt: Erich Fuhrmann, Berlin; für Anzeigen: E. G. G. Berlin, Berlin; Verlag Hermann-Brosch G. m. b. H. Berlin; Druck: Hermann-Brosch-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Billige Kleiderstücke die beste Kapitals-Anlage!

Jackett-Anzüge :: Blaue Sacco-Anzüge :: Herren-Regen-Mäntel Herren-Schlüpfer u. Ulster, Herren-Paletots, Cutaways, Gestr. Hosen

Solange Vorrat reicht! Rasend billige Preise!

Hugo Simon

Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung

133 CHARLOTTEBURG Wilmersdorfer Straße 133 an der Bismarckstraße.

Weitester Weg lohnend!

Preiswert: Leder

Berthold Kuttner

Lederhandlung BERLIN SO 26 Reichenberger Str. 14 Von 1-3 Uhr geschlossen.

Verkaufen Sie kleine Brillanten

besonders große Objekte, ohne unsere unüberbietbaren sehr hohen Auslands-Ankaufpreise zu hören. Wir kaufen und suchen dringend große Steine, Perlen, Paraischnüre, Smaragde, old Uhren, Ketten, Ringe, Platin, Gold- und Silbergegenstände. Brillant, b. 1 1/2 Mill. M. pro Kar. Gold Uhr, b. 200 000 M. u. höher. Sofortige Barauszahlung ohne Luxussteuerabzug. Kostenlose realle Taxen gern und bereitwillig. Verlust erlösen Sie stets, wenn Sie nicht zu uns kommen.

Berliner Juwelen-Verwertung-Haus Potsdamer Str. 118, direkt an der Lützowstraße 9-7 Uhr, Lützow 2760 Filiale Lützowstr. 92.

Zähne auf Teilzahlung!

Durch frühzeitigen Einkauf bin ich in der Lage, meinen Patienten zum halben Tagespreis

künstliche Zähne, Kronen und Brückenarbeiten auf Kredit zu liefern. Für natürliches Aussehen und Brauchbarkeit beim Essen übernehme ich volle Garantie.

Zahnziehen in örtlicher und allgemeiner Betäubung, Plomben usw., Umarbeitungen und Reparaturen sofort.

Hans Berlin, Dentist, Moabit, Stephanstr. 17! Sprechzeit von 9-12 und 2-7 Uhr, Sonntags von 10-12 Uhr.

Erich Fuhrmann

Handelsgerichtlich eingetragene Firma

kauft Gold-, Silber-, Platin-Bruch auch Brillanten - Zahngebisse

Berlin NW 87

Nur Gotzkowskystr. 13

Gebisse Edelmetalle Bruch Zietlow, Badstr. 16

Gebrüder Fuhrmann

Handelsgerichtlich eingetragene Firma

kaufen Gold-, Silber-, Platin-Bruch Zahngebisse

Berlin W 30 Nollendorfstr. 39

Resthandlg. Haarpuder Goltzstr. 7

Max Busse

Gegründet 1878.

Neu eröffnet Ankaufsabteilung Neu eröffnet

Gold-, Silber-, Platin- Brillanten

gegenüber dem allbekanntesten Haupt-Geschäft

Brunnenstraße 18 an der Invalidenstrasse.

Stoff-Reste-Haus A. M. Steinhardt 18 Kottbuser Damm 18

Schöne Reste Herren-Anzüge Mäntel Kostüme Kleider in Seid, Samt und Gold, sowie Futterstoffe. Ständig sehr große Auswahl. Günstig reell. Qualitäten.

Teilzahlung Möbel, Spiel, Porzellan, Petersburgerstr. 231

Zeitungs-papier gelblich, weiß, blau, braun, alle Sorten, alle Größen, alle Farben, alle Qualitäten, alle Preise.

Möbel

kaufen Sie sehr verteilhaft bei G. Camnitzer, Schönbr. Allee 82, Ecke Wilmersdorfer Hochb. Nord. Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung

Metallofen

aus Stahl, Eisen, Kupfer, Messing, Blei, Zink etc. Platin-Bruch, Gold-, Silber-, Kupfer, Messing, Blei, Zink etc. haben Tagespreise. Haas & Co., Jumbeller u. Goldschmidt, Berlin, Jumbellerstr. 28.

Gold, Silber, Platin-Bruch Zahngebisse

kaufen zu unüberbietbaren Preisen, da Selbstverwertung. I. Skalitzer Str. 31 Lad. II. Kaiser-Allee 210 Eing. Regenburger Str.

86 Gartenstr. 86 Zahngebisse

Gold, Silber-Bruch, Platin kaut zu höchstem Tageskurs Paul Schneider, Juwelier 86 Gartenstr. 86

Edel- und Altmetalle höchstzahlend 38, Ackerstr. 38.

Zahngebisse

einzelne Zähne, auch zerbrochene, Gold- und Silberbruch, Brillanten, Uhren, Kett. n. Ringe kaut Malitzki & Weiss Warschauer Str. 5, a. d. Frankl. Allee.

Gold-, Silber-, Platin-Bruch Brillanten Zahngebisse

zahlt unüberbietbare Preise R. Felske, 67 Grosse Frankfurter Strasse 67.

Zahngebisse

auch einzelne Zähne kaut zum höchsten Tageskurs sowie sämtliche Schmuckgegenstände zerbrochene Gegenstände genau denselben Wert, nur Barheide Edelmetallverwertung 2 Invalidenstr. 2 v. I rechts, kein Laden Eingang Elisabethkirchstrasse 9 Kopenhagener Strasse 9 (Laden) 2 Minuten vom Bahnhof Schönhauser Allee. Achtung! Stechenhändl. r. Wiedereröffnung! Zahnhermene - Duzen 600 M. (frei) in Berlin - O. H. Rohde, chemische Fabrik, Reufstr. 1, Halle - Geibelsch-Strasse 220. Telefon 1107

Platin-, Gold- und Silberbruch Zahngebisse, Uhren, Kette, Ringe sowie Altmetalle kaut zu Engrospreisen

M. ZEISKE

Berlin O., Schreinerstr. 32 (Laden) 1 Minute vom Hof. Frankl. Allee - Fahrgeldvergütung - Größtes Absatzgebiet für Händler

Einkauf von Brillanten, Uhren, Smaragd, Platin, Gold- und Silberbruch, sowie Uhren, Kette u. Ring, Schapiro, Reue Rosenstr. 19a, im Laden.

Korbmöbel, Holz- u. Eisenmöbel, Fabrik, stets hervorragend. Gr. Auswahl. Billige Preise. Edmund Vog. Bin-Neukölln Berliner Str. 14, Nähe Hermannplatz - Tel. Neukölln 2564 Repar. sämtlich Korbwaren

Juwelen, Gold- und Silber-Bruch

kauft zum höchsten Tagespreis Lohhaus Zehden, Karlstr. 24.

Tuchhaus „Centrum“ G. m. b. H., C. 19, Neue Grünstr. 40 verkauft Qualitäts-Herren- und Damen-Stoffe zu nicht erhöhten Preisen